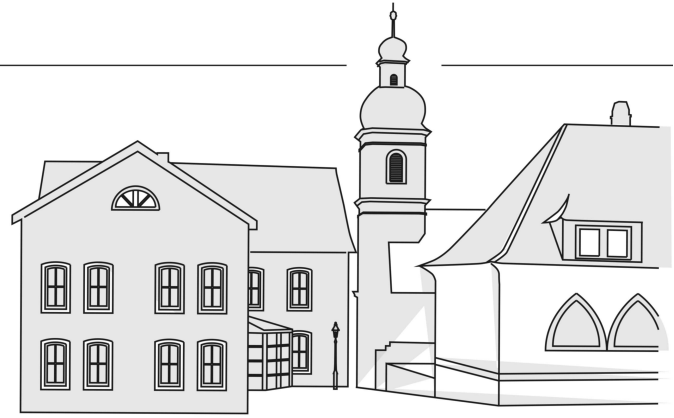


---

# Gemeinde Nachrichten Kleinrinderfeld

---



---

Sonderausgabe \*\*\*\* Ausgabetag: 09. Juni 2017 \*\*\*\* Nr. 07/2017

---

## **Offener Brief an CSUKL/UWG-Fraktion als Rückantwort auf Ihren persönlichen Brief vom 30.05.2017 – veröffentlicht durch die absendenden Fraktionen auf Facebook am 30.05.2017 und verteilt über das Mitteilungsorgan von CSUKL mit Absender der UWG**

Sehr geehrte Vertreter der CSUKL- und UWG-Fraktion im Kleinrinderfelder Gemeinderat, sehr geehrter Herr 2. Bürgermeister Heß, sehr geehrter Herr Fraktionssprecher Scheuermann,

Ihr Brief vom 30. Mai 2017, an mich als Bürgermeisterin der Gemeinde Kleinrinderfeld adressiert und über Facebook sowie über Ihr Mitteilungsorgan öffentlich zugestellt, hat mich sehr irritiert, denn wenn Sie vom Mai 2014 bis Mai 2017 rechnen, dann hätten Sie – seitdem mehrheitsfähig mit 8 : 7 Stimmen – doch schalten und walten können, wie es Ihren politischen Vorstellungen entsprochen hätte. Originalzitat aus einer Gemeinderatssitzung: „Gewöhnt euch dran, wir haben jetzt 8 Stimmen“.

Doch was ist wirklich geschehen: Sie torpedieren seit Mai 2014 die Verwaltung, lenken vom eigenen Tun und Versagen ab, inszenieren ein konfrontatives Misstrauen, „vergiften“ das Klima im Rat und blockieren damit letztendlich die Fortentwicklung unserer Gemeinde.

Und wenn der Wähler – wie Sie schreiben – „keine absolute Mehrheit wollte“, was läuft dann seit Mai 2014? Ihre gemeinsamen Anträge und auch der von Ihnen gemeinsam unterzeichnete Brief an mich sprechen eine eindeutige Sprache. Aktuell deutet alles darauf hin, dass es im Gemeinderat eigentlich nur zwei Fraktionen gibt.

Zu den von Ihnen thematisierten Veröffentlichungen der SPD/Freien Bürger nur so viel: Wie Ihnen der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Gemeinderat Dominik Hetzer, bereits mündlich mitteilte, informieren SPD und Freie Bürger die Bürgerinnen und Bürger unseres Dorfes regelmäßig über ihre Arbeit im Gemeinderat und über die dort gefassten Beschlüsse. Dieses Recht, das im Übrigen auch viele andere Mandatsträger für sich in Anspruch nehmen (Newsletter o. ä.), steht der Fraktion der SPD/Freien Bürger ohne jedwede Einschränkungen zu. Es ist Ausfluss unserer demokratischen Grundordnung und zeugt davon, dass die gewählten Volksvertreter ihr Amt sehr ernst nehmen. In unserem Land soll die politische Diskussion nämlich nicht „hinter verschlossenen Türen im stillen Kämmerchen“, sondern in transparenter Form mit der Bevölkerung geführt werden. Alles andere käme einem „Maulkorb“ gleich. Deshalb ist Ihre Kritik an der Druckschrift der SPD/Freien Bürger für mich schlichtweg verfehlt. Ob und wie Sie mit den Veröffentlichungen umgehen, ist einzig und alleine Ihr Problem. Sie selbst sind hier in der Pflicht und nicht die Erste Bürgermeisterin, die weder Herausgeberin, noch Redakteurin von „Rund um den Brunnen“ ist.

Bilanzieren Sie Ihr selbst auferlegtes „Halbzeitergebnis“, stelle ich fest, dass der Gemeinde Kleinrinderfeld in ihrer langen Geschichte noch keine Fraktion(en) so teuer kam(en), wie Ihre. Sie können „wahrlich stolz auf Ihre Leistungen“ sein:

Ich belege Ihnen dies anhand von zwei Beispielen; andere „Kleinigkeiten“ lassen wir außer Acht:

### **1. Ärztehaus:**

- |                                                                          |                    |
|--------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| a) private Investoren „verprellt“                                        | ca. 2.500.000 Euro |
| b) entgangener Gewinn durch Grundstücksverkauf                           | ca. 45.000 Euro    |
| c) beschlossene Planung „Carsten Borst“ verworfen                        | ca. 22.000 Euro    |
| d) abwegige neue Planung „Simonsgarten“, die Sie selbst wieder verworfen | ca. 21.000 Euro    |

**Runde Summe von ca. 2.600.000 Euro**

### **2. Organisationsgutachten für Verwaltung und Bauhof:**

Von Ihnen initiiert und trotz Ihrer Zusage, dieses unabhängige Gutachten anzuerkennen, wie immer es auch ausgehen möge, sind Sie wortbrüchig geworden, haben seichte Ausflüchte gesucht, um das Gutachten nicht anerkennen zu müssen! Vielleicht, weil das Ergebnis nicht gefällt!

**Runde Summe von ca. 13.000 Euro**

**Alleine schon diese beiden Punkte zeigen, dass Sie den in Sie gesetzten Anforderungen nicht gerecht wurden!**

Sie haben noch nicht gelernt, mit Verantwortung richtig umzugehen.

Ihnen ist nicht bewusst, dass wir, die politischen Entscheidungsträger, nämlich der Gemeinderat, ein Unternehmen leiten, das „Service-Unternehmen Gemeinde Kleinrinderfeld“.

Ihnen ist nicht bewusst, dass wir nicht nach persönlichem Gutdünken oder Gefallen entscheiden können, sondern stets einfach und allein „zum Wohle der Gemeinde und der Bürgerinnen und Bürger“.

Ihnen scheint auch nicht mehr bewusst zu sein, dass CSUKL eine Fraktion mit 5 Mitgliedern bildet, UWG mit 3 Mitgliedern und nicht CSUKL/UWG eine Fraktion mit 8 Mitgliedern darstellt; denn das war vom Wähler sicher nicht gewollt. Vielleicht wollte er die Vielfalt, vielleicht wusste er aber auch nicht, dass das Auszählverfahren von d'Hondt auf Hare Niemeyer umgestellt und dadurch die kleinen Gruppierungen (konkret: UWG) zu Lasten der größeren Parteien (konkret: SPD/Freie Bürger) bevorteilt wurden.

Sie monieren, dass die Bürgermeisterin eine politische Entscheidungsträgerin ist; dies sollte Ihnen wohl bekannt sein. Ich bin von einer Partei und Wählergruppierung als Bürgermeisterin – erstmals 1991 – nominiert, führte bei der letzten Gemeinderatswahl die Liste der SPD/Freien Bürger an und werde auch künftig meine parteipolitische Gesinnung nicht verleugnen. Denn gerade die politische Grundeinstellung macht einen Kommunalpolitiker aus; richtet er seinen Arbeitsschwerpunkt nach Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Wachstum und Nachhaltigkeit sowie der Identifikation mit dem Bürger und der Bürgerin oder nur kurz und knapp nach dem kontraproduktiven Slogan „Gewöhnt euch dran, wir haben jetzt 8 Stimmen“ aus? Übrigens: auch Sie sind politische Entscheidungsträger. Sollte Ihnen das nicht bewusst sein, empfehle ich Ihnen einen Grundkurs in Sachen „Kommunalpolitik“.

Dass meine politischen Entscheidungen, und um solche geht es dienstlich grundsätzlich, denn wir sind kein Privat-/Familienbetrieb, stets darauf ausgerichtet sind, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, zum Wohle der Gemeinde Kleinrinderfeld, zu agieren, dürfte jedem, der sich mit dem „politischen Geschäft“ vor Ort auch nur annähernd befasst hat, bewusst sein. Nicht ohne Grund haben mir die Wählerinnen und Wähler seit 1991, also seit mehr als 26 Jahren, ihr Vertrauen geschenkt und mich damit beauftragt, die Geschicke der Gemeinde Kleinrinderfeld in geordneten Bahnen nachhaltig zu lenken und zu leiten.

Sie monieren, dass die Bürgermeisterin wichtige Grundstücksverhandlungen führt, ohne das gesamte Gremium einzubinden. Erfahrungswerte einer langen Dienstzeit sprechen hier für sich; nämlich brisante Angelegenheiten entsprechend vorzubereiten und erst dann, wenn diskussions- und entscheidungsreif, dem Gemeinderat vorzulegen. Ansonsten, auch so die Erfahrungswerte, zerredet sich einfach alles und das Projekt ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Freuen Sie sich doch, dass die Bürgermeisterin entsprechende Vorarbeit leistet. Würde sie dies allerdings nicht tun, hätten Sie wieder einen Grund, zu monieren. Deshalb halte ich mich hier an die Bibel mit folgendem Spruch: „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“ („... Du kannst nicht zwei Herren dienen ...“) und werde diese alte Weisheit auch künftig beherzigen.

Dass der Gemeinderat in den nächsten drei Jahren noch wichtige Vorhaben durchsetzen kann, ich würde sagen „muss“, erkennen Sie vollkommen richtig. Hier irritiert mich allerdings Ihr Handeln. In diesem Jahr genehmigten Sie zwar die Planungskosten für ein neues Wohnbaugebiet für junge Familien in Höhe von 20.000 Euro (zu diesem Zeitpunkt waren noch interessierte Zuhörer in der Sitzung anwesend), verwarfen dann jedoch die Einstellung von Mitteln für die Beschaffung des Baugrundes. Dieses Handeln verstehe wer mag; mir erschließt es sich leider nicht.

Auch dass Sie einfach nicht verstehen wollen, dass der Bau eines Radweges entlang der Staatsstraße 2296 nicht Aufgabe der Gemeinde Kleinrinderfeld, sondern des Freistaates Bayern ist, entzieht sich meinem Verständnis. Ich habe versucht, Ihnen dies mehrmals sachlich zu erläutern.

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik finde ich sehr erstrebenswert, habe diesen Antrag mitgetragen und freue mich auf die Umsetzung, sobald wir die technische Aufrüstung und Ergänzung von Leuchtstellen finanzieren können.

Doch scheinen Sie ganz vergessen zu haben, dass ich Ihnen beim Beschluss zur Finanzierung des Medizinischen Versorgungszentrums mit auf den Weg gab, dass wir in den nächsten 10 Jahren – aufgrund der Rückzahlung des Kredits – „keine großen Sprünge machen können“. Dieser Zustand hat sich bislang nicht geändert.

Sie schreiben mir, dass meine aus Ihrer Sicht tendenziöse Informationspolitik Grund für das derzeitige Klima im Gemeinderat sei.

Ich sage Ihnen, dass Ihr offen gezeigtes Misstrauen mir gegenüber und Ihre ständigen Angriffe auf mich und meine Verwaltung die ausschlaggebenden Kriterien sind.

Wer Misstrauen säht, kann kein Vertrauen ernten. Wer Absprachen bricht, kann nicht das Wort des anderen einfordern. Wer seinem Gegenüber vermeintliche Fehler vorhält, kann nicht mit dessen Nachsicht rechnen.

Für all dies hätte ich jede Menge Beispiele, möchte mich aber nicht in kleinkariertem Beckmesserei verlieren.

Beweisen Sie mir, dass Sie Partner sind, mit denen man einen offenen und ehrlichen Umgang pflegen kann. Stehen Sie zu Ihren Zusagen. Schenken Sie mir, der Verwaltung, den Fachplanern und den Gutachtern das notwendige Vertrauen. Zeigen Sie mir in der nächsten Sitzung des Gemeinderates Ihre Dialogbereitschaft.

Nutzen Sie diese Chance zum Wohle unseres Dorfes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie den Worten in Ihrem Schreiben auch Taten folgen lassen, können wir in den verbleibenden drei Jahren sicherlich noch viel gemeinsam bewegen.

In diesem Sinne verbleibe ich und wünsche Ihren Entscheidungen stets die Weitsicht, die wir gewählten Volksvertreter unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind.



Eva Maria Linsenbreder  
Erste Bürgermeisterin

---

## **HINWEIS AUF REDUZIERTE SERVICELEISTUNGEN DER GEMEINDEVERWALTUNG**

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach der vom Gemeinderat bei einem unabhängigen Büro in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchung fehlt uns in der Verwaltung seit April 2017 (Eintritt einer Mitarbeiterin in die Freistellungsphase der Altersteilzeit) eine Kraft mit mindestens 26,5 Wochenstunden.

Auch im Bereich „Bauhof – Abwasser – Trinkwasser“ gilt Ähnliches. Hier hat uns das unabhängige Büro einen Fehlbedarf von mindestens 1,15 Vollzeitkräften bescheinigt.

Nachdem CSUKL und UWG die Ausschreibung dieser Stellen trotz der vorher getroffenen Absprachen in der letzten Gemeinderatssitzung abgelehnt haben und sich die Personalsituation durch längerfristigen Krankheitsausfall und Urlaubsabgeltung zwischenzeitlich noch weiter verschärft hat, bitten wir um Verständnis, dass wir den über viele Jahre gebotenen Service, der mir immer sehr wichtig war und ist, so leider nicht mehr halten können.

Verschiedene Arbeiten müssen wir fremd vergeben, andere können wir nur noch zeitverzögert oder überhaupt nicht mehr ausführen.

Sollten Sie zu Monatsbeginn kein Nachrichtenblatt mehr in Ihrem Briefkasten vorfinden oder gewohnte Leistungen (z. B. Hilfe bei Rentenanträgen, Unterstützung beim Aufbau von Vereinsfesten, ...) nicht mehr erhalten, liegt dies definitiv nicht an den Beschäftigten, die allesamt ihr Bestes geben und schon jetzt eine aus Sicht der Personalfürsorge nicht mehr vertretbare Anzahl an Überstunden angehäuft haben.

Der Grund dafür ist vielmehr die Blockadepolitik der Mehrheitsfraktion(en), die der Verwaltung das zur ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung erforderliche Personal verweigern.

Eva Linsenbreder  
Erste Bürgermeisterin